

Rede des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Unterwellenborn, 15. Juni, 14:00 Uhr

Ich bin am 17. Juni morgens in den Zug gestiegen, um nach Unterwellenborn zu fahren und meine Arbeit anzutreten. Als ich dort ausstieg und ankam, bemerkte ich eine größere Ansammlung von Menschen, die mir zuriefen: ›Wir streiken, wir arbeiten nicht, wir machen nix, da. In Berlin is ooch was los‹. So was Ähnliches. Und ich wusste nicht genau, was sie meinten.

Es formierte sich ein Zug zum Kulturhaus – Kulturpalast hieß es, glaube ich, an dem ich mitgebaut hatte – als Betonbauer. [...] Im Verlaufe dieses Weges, ist ja nicht weit zum Kulturhaus, wurde mir klar, worum es ging. In Berlin wurde gestreikt. Da gab es einen Arbeiteraufstand – und das sollte man hier [...] fortsetzen. In der Nähe des Kulturhauses stießen wir plötzlich auf russische Panzer.

Da standen wir dann.

Es hat sich keiner gebückt, um einen Stein aufzuheben [...]. Man sieht immer diese Bilder im Fernsehen, dass sich die Aufständischen mit Steinen versehen haben, um russische Panzer zu bewerfen. Das gab es da nicht. Wir hatten Angst.

Wir hatten Angst, fuhren nach Hause, das heißt, nach Saalfeld und stellten uns da zusammen und redeten darüber. Wurden aber dann von Polizisten, von Volkspolizisten immer aufgefordert: „Keine Ansammlungen! Mehr als zwei geht nicht. Nach Hause, gehn Sie nach Hause und so weiter.“

Ja, und das ist die zentrale Erinnerung an den 17. Juni.

Und von diesem Moment an war mir absolut klar, dass jetzt der Moment gekommen ist, dass ich die DDR verlassen soll – und muss.

So erzählt der große Künstler Ror Wolf über den 17. Juni vor 65 Jahren. Ror Wolf lebt heute in Mainz. Er floh wie viele andere auch. Auch deshalb erklärte die Bundesregierung diesen Tag zum *Tag der Deutschen Einheit*.

In der New York Times war am 18. Juni 1953 zu lesen: „Wir wissen

jetzt, und die Welt weiß es, dass in dem deutschen Volk ein Mut und ein Geist leben, die die Unterdrückung nicht ewig dulden werden.“

Begrüßung

[Zu unserer Gedenkfeier begrüße ich herzlich die Vertreter aus Politik und Verwaltung, die Abgeordneten aus dem Thüringer Landtag]

Ich vermisse Vertreter der größten regierungstragenden Landtagsfraktion.

Ich freue mich, dass Frau Staatssekretärin Dr. Babett Winter da ist und nach mir für die Regierung das Wort ergreift.

Nicht zuletzt begrüße ich herzlich die Vertreter der Opferverbände und Zeugen

die Vertreter Verbandes der Opfer des Stalinismus aus den verschiedenen Regionalgruppen,

Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.,

Rolf Staudte von der Initiativgruppe Buchenwald,

Klaus-Michael von Keussler Vorsitzender Freiheit e.V.,

die Vertreter des Bürgerkomitees Thüringen und weiterer Akteure der Aufarbeitungslandschaft und des Geschichtsverbundes,

darunter die Mitarbeiter des Archiv für Zeitgeschichte,

Frau *Dr. Julia Landau* von der Gedenkstätte Buchenwald-Mittelbau-Bora und

den Leiter der Beratungsinitiative SED-Unrecht, *Mattias Morawski*.

Wir sind an einem Ort, an dem Häftlinge in der DDR arbeiten mussten.

Einige unter uns haben eigen Erfahrungen damit gemacht und auch davon Zeugnis abgelegt.

Rolf Staudte war 18 Jahre alt als er 1945 inhaftiert und nach

Buchenwald gebracht wurde. Zur Zwangsarbeit wurde er dann nach Karaganda in Kasachstan deportiert.

Ich begrüße *Peter Hermann*. Als Schüler hat er den Eisenberger Kreis mitbegründet. 1958, er war Student, wurde er verhaftet und zu 14 Jahren Haft verurteilt. 1964 gehörte er zu einen der ersten, die freigekauft wurden. Heute lebt er wieder in seiner alten Heimat.

Ich begrüße *Baldur Haase*, als Vertriebener landete er nach dem Krieg hier in Unterwellenborn. Die Stasi kontrollierte die Briefe des Teenagers und weil ihm Orwells „1984“ von einem Brieffreund zugesandt wurden, wurde er inhaftiert - mit 19 Jahren. Das war im Januar 1959. Er wurde zu 39 Monaten Zuchthaus verurteilt wegen „staatsgefährdender Hetze“ und „Sammlung von Nachrichten“.

Ebenfalls als 19-Jähriger wurde *Günter Rehbein* inhaftiert. Dies war jedoch schon 1952. Er wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. Am Dienstag hat er vor 100 Zuhörern in der Suhler Bibliothek gelesen.

Ich begrüße *Horst von Quillfeldt*. Er hat Willy Brandt 1970 in Erfurt begrüßt... Einige Jahre später, wurde er aufgrund seiner konsequenten Kritik an der SED-Herrschaft inhaftiert.

Ich begrüße *Karl-Heinz Irmer*, der ein Stasioffizier war, aber seinen Dienst verweigerte und deshalb inhaftiert wurde.

Ich begrüße *Ralf Weber*, er kam 1962 ins Kinderheim und durchlief viele der speziellen Kinder- und Jugendeinrichtungen der DDR, in denen er verschiedene Formen der Gewalt erfuhr. Dabei wurde er als Minderjähriger auch zur Arbeit in die Maxhütte Unterwellenborn gebracht.

Ich begrüße *Dorit* und *Gerhard Bause*, sie stellen nach vielen Schikanen 1985 einen Ausreiseantrag. 1988 gehörten sie zu denen, die im Eichsfeld öffentlich gegen die SED-Willkür protestierten. Sie wurden daraufhin inhaftiert. Gerhard Bause kam erst nach dem Mauerfall aus dem Gefängnis frei.

Vier von den Zeitzeugen, werden gleich von Schülern befragt. Ich danke Schulleiterin *Monika Tippelt*, vom Erasmus-Reinhold-Gymnasium Saalfeld, dass Sie das Zeitzeugenprojekt ermöglicht und *Kay Unbehaun* für die Kooperation mit *Dr. Matthias Wanitschke*, der seit Jahren Quellen-Zeitzeugen-Projekte vorbereitet und moderiert. 17 Schüler sind aufgeregt, da die Auseinandersetzung mit den Zeitzeugen heute hier in dieser Gedenkfeier erfolgt. Danke, für ihre Neugierde und Sensibilität!

Günter Rehbein konnte viele Jahre nicht über das Reden, was er im GULAG erlebt hat.

Wer verfolgt wurde, der muss ja irgendwie schuldig sein. Jede Erinnerung an Haft oder Zwangsumsiedlung war zugleich eine Erinnerung an die grundlose Verurteilung. Wer erinnert gerne eine demütigende Situation? Man versucht sie umzuinterpretieren, und wenn das nicht geht, versucht man sie zu vergessen.

Und dann, als die Macht der SED zerbrochen war, die Unrechtsurteile aufgehoben wurden und in den Stasiakten nachzulesen war, wie die Zersetzung organisiert wurde und wer alles daran beteiligt war, da schwiegen die anderen. Oder sie sagten: Du musst nach vorne schauen!

Vielleicht wollten sie oder sollte ich sagen, vielleicht wollten wir nicht an die Ohnmacht erinnert werden, vielleicht auch nicht an die eigene Verstrickung. Wir wissen um die vererbte Ängste und die emotionalen Gefängnisse.

Die SED-Diktatur ist fast 30 Jahre überwunden. In einem Gespräch sagte eine Enkelin zu ihrem Großvater „Wenn ihr nicht spricht, können wir nicht fragen!“ Schön, wenn die alt Gewordenen dann sagen: „Vielleicht können wir zu sprechen beginnen, wenn ihr fragt!“

Gibt es ein Gespräch dann gibt es auch ein persönliches Verstehen: Erkennen, was es heißt, in einer Diktatur zu leben und seinen Eigensinn zu bewahren. Mensch zu bleiben, gerade wenn ein Staat Dir die Würde nimmt.

Der Landtagspräsident verbindet die Gedenkfeiern für die Opfer des SED-Unrechts mit einer Zeugenbefragung durch Schüler. Menschen, die sich nicht mit dem Unrechtsstaat gemein machten und dafür Diskriminierung, Verfolgung und Verlust ihrer Heimat in Kauf nahmen, sind eine bleibende Inspirationsquelle für uns.

Gestatten Sie mir, heute eine eigene Erinnerung dazu zu legen. Mitte der 1980er Jahre hatten wir einen Stalinismuserbeitskreis gegründet, der die verschwiegenen und tabuisierten Verbrechen ans Licht und ins Gespräch bringen wollte. Vor 30 Jahren schrieben wir in einem offenen Brief [Offener Brief des Naumburger Stalinismuserbeitskreises und weiterer Dissidenten vom November 1988] :

Die Aufarbeitung des Stalinismus und seiner Auswirkungen auf die DDR ist bitter notwendig, nicht nur aus Gründen geschichtlicher Redlichkeit und aus Achtung vor der Würde ihrer Opfer. Die Verdrängung dieser Wirklichkeit hat negative Folgen für die Chancen demokratischer Entwicklungen in unserem Land. Noch befindet sich die DDR in dem Zustand, der heute in der UdSSR als Stagnation bezeichnet wird. Außerdem: Wer seine Geschichte nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Auch im 29. Jahr der Freiheit und deutschen Einheit gibt es neue Erkenntnisse zur SED-Herrschaft und ihren Folgen. Ich freue mich, dass große Forschungsprojekte, wie das zur Psychologie und Psychotherapie - zur „Seelenarbeit“ - in der DDR starten kann.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Damit die Diktatur gestärkt wird, sollten die, die sich für Freiheit und Würde des Menschen in der SED-Diktatur eingesetzt haben als Schatz wahrgenommen werden. Nicht Bettler, sondern ausgestattet mit Rechten, wie es die Intention der deutsche RehaGesetzgebung ist. Gerade für die Betroffenen war der Weg der Rehabilitierungen nicht einfach. Inzwischen ist viel erkämpft und geschaffen worden. Allein in Thüringen erhalten in diesem Monat fast 4.700 ehemalige

politische Häftlinge eine Opferrente.

Sicher ist nicht alles gut. In letzter Zeit wurden immer wieder Härtefallfonds für bestimmte Opfergruppen ins Gespräch gebracht. Sie sollen die aktuelle wirtschaftliche Situation der Betroffenen verbessern.

Ich denke, wo es eine Gerechtigkeitslücke gibt, kann nur ein Rechtsanspruch zur Befriedung führen. Seit Jahren sehen die Landesbeauftragten und die Bundesstiftung Aufarbeitung eine besonders markante Lücke bei den Menschen, die schon als Schüler Opfer politischer Diskriminierung wurden. Bei den verfolgten Schülern wurde die Rentenbiografie von Arbeitsbeginn an beeinflusst. Sie werden rehabilitiert, sind aber von laufenden Ausgleichsleistungen ausgeschlossen.

Hier sind der Bundestag und zuerst der Rechtsausschuss des Bundestags gefragt. Nicht nur die Entfristung der Gesetze zur Rehabilitierung der SED-Opfer steht auf der Tagesordnung, sondern es muss auch die Angemessenheit der Entschädigungen für die anerkannten Verfolgungsgruppen überprüft werden.

Gestatten sie mir noch eine zweite persönliche Erinnerung:

Vor 30 Jahren hatte ich die Enge in der DDR und die willkürliche Verschärfung des alltäglichen Freiheitsentzugs satt. Mir erschien die DDR wie ein großes Gefängnis. Im März 1988 schrieb ich an den DDR-Innenminister und listete auf, welche Reise- und Freiheitsbehinderungen ich erfahren hatte. Dann schrieb ich *„Der ideologische Abschirmdienst behindert die gesellschaftliche Kommunikation, so dass die Abgrenzung bis in die Privatsphäre eines jeden reicht und die Gesellschaft psychisch krank macht. Schon Kinder üben sich in der opportunistischen Unwahrhaftigkeit, die sich mit der Schizophrenie vergleichen läßt.“*

Als Ursache dafür benannte ich den willkürlichen Terror. Und zum Schluss schrieb ich: *„Damit die Mißachtung meiner Persönlichkeit beendet wird, verlange ich von Ihnen, daß sie meine Akte der Justiz*

übergeben. Dort kann festgestellt werden, ob ich mich den Gesetzen der DDR entsprechend verhalte oder, wenn nicht, kann es einen den Gesetzen der DDR entsprechenden Prozeß geben.“ [Christian Dietrich, 14. März 1988 an den DDR-Innenminister Dickel]

Ich bekam auf diesen Brief keine Antwort. Doch nach der Öffnung der Stasiakten konnte ich lesen, dass die Genossen vor genau 30 Jahren eine Antwort fanden: „Auflassung“. Sie beschlossen meine Ausreise aus der DDR. Am 11. Januar 1989 teilten mir Mitarbeiter der Stadt Jena mit, ich könne mich in den nächsten Zug setzen und ausreisen. Das war vier Tage vor unserer Demonstration für die „Freiheit der Andersdenkenden“ in Leipzig. Ich sagte: „Wenn alle fahren können, werde ich es auch tun.“

An den folgenden Tagen wurden einige Freunde inhaftiert. Doch wider alle Angst kamen am 15. Januar 1989 mehr als 500 Menschen auf den Leipziger Marktplatz. Es schien so, als könnte sich der Massenprotest des 17. Juni 1953 wiederholen – und: wir wissen es, der Ruf des 17. Juni „Wir wollen freie Menschen sein“ erscholl in der Friedliche Revolution wieder Millionenfach. Die Zeit der staatlich organisierten Entwürdigung des Bürgers konnte beendet werden. Diesen Schatz zu bewahren ist Verfassungsgebot.

Wenn wir heute zusammenkommen, dann in der Verantwortung vor denen, die aufgrund ihres Einsatzes für die Bewahrung der Würde des Menschen ihr Leben verloren, ihre nahen Verwandten, ihre Gesundheit oder ihre beruflichen Möglichkeiten.

Sie zu würdigen, ist Ausdruck der im Grundgesetz verankerten Verantwortung vor unserm Volk, unseren Nachbarn und Gott.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Abschrift

Christian Dietrich, Othmarsweg 8, Naumburg, 4800

An den Minister des Innern der DDR
Armeegeneral Dickel
Maustraße
Berlin



Naumburg, den 14. 3. 1988

*Abgabe #1/1! Bitte auf Sat. 100
M. XX behalten. Strafr. keine
relevant, Glic. Anjale. AG XXII
Bitte: 2 das auch mit Privatverf. gegeben.*

*fillen
07.6.88*

Sehr geehrter Minister!

Nachdem mir innerhalb eines Jahres sämtliche Visa-Anträge und ähnliches "vom MdI" (so die Aussagen der zuständigen Polizeibeamten) abgelehnt wurden

(Reise zum 83. Geburtstag meines Großvaters in der BRD, Urlaubsreise nach Ungarn, Einreise von Freunden aus der Bundesrepublik, Reise zur Beerdigung meines Großvaters),

muß ich annehmen, daß bei Ihnen eine "Akte" gegen mich vorliegt. Wie weit dies in einer sozialistischen Demokratie möglich ist, weiß ich nicht, auf jeden Fall kam im Schulunterricht diese Form der "Observierung" nicht vor. Da nicht allein ich diese Erfahrung mache und diesen Verdacht habe, gibt es wohl eine "geheime" (staatliche) Direktive zur Einrichtung von Staatssicherheits-Überwachungscomputer.

Die Frustrierung, die aus dem Gefühl erwächst, daß Geheimdienste und staatliche Stellen systematisch Material über die eigenen Bürger sammeln, scheint dabei beabsichtigt.

Da es keine "Verpflichtung" zur Begründung staatlicher/polizeilicher Entscheidung in Visa-Angelegenheiten gibt, entsteht eine unerträgliche und unzulässige Grauzone von Verdacht, Verdächtigungen, Nachrede und strafrechtlicher Verfolgung.

Ich weiß nicht, wie lange Sie noch mit diesen Methoden, die in Diktaturen erfunden und erprobt wurden, Herrschaft ausüben wollen. Was allerdings offensichtlich ist, ist, daß es dem offiziellen Leitgedruch (heute wieder in Ihren Deutschland zu lesen): "Arbeits mit, plane mit, rennere mit!" widerspricht.

Ihr Sicherheitsapparat hat Ausgabe angenommen, die einer Legitimierung bedürfen. (Sind so die Verhaftungen von Bärbel Soley, Werner Fischer u.a. zu verstehen?)

Ihr "Sicherheitsystem" schließt "Fenster der Verwundbarkeit". Sie treiben Menschen aus diesem Land, da sie das deutsche Gespenst der Angst und Furcht, des Mißtrauens und der Denunziation, der Beschimpfung, Einschüchterung und der politischen Ungerechtigkeit nicht mehr ertragen.

Ihr ideologischer Abschirmdienst behindert die gesellschaftliche Kommunikation, so daß die Abgrenzung bis in die Privatsphäre eines jeden reicht und die Gesellschaft psychisch krank macht. Schon Kinder üben sich in der opportunistischen Unwahrhaftigkeit, die sich mit der Schizophrenie vergleichen läßt.

000136

Sie behindern die Entwicklung des staatsbürgerlichen Selbstbewußtseins, da Sie mit den geheimen (scheinbar willkürlichen) Entscheidungen anscheinend sogar die Verfassung (Art. 20) mißachten.

Da es - gemäß der DDR-Interpretation von sozialistischer Demokratie - keine Behörde gibt, die den Bürger vor dem Staat und seinen Behörden schützt, denn: Wir sind Der Staat, bleibt er auf sich selbst gestellt. Daß dies die psychischen Kräfte einzelner Bürger überfordert, zeigen einige Selbstmorde und die momentanen Gerüchte von Bombendrohungen. Sorgen Sie für die Rechtssicherheit, die für ein normales, produktives Zusammenleben nötig ist!

Damit die Mißachtung meiner Persönlichkeit beendet wird, verlange ich von Ihnen, daß Sie meine "Akte" der Justiz übergeben.

Dort kann festgestellt werden, ob ich mich den Gesetzen der DDR entsprechend verhalte oder, wenn nicht, kann es einen den Gesetzen der DDR entsprechenden Prozeß geben!

gez. Christian Dietrich